

# Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Rautenblätter Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Bleich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Bezugspreis: monatlich 9000 M. einjährl. 108000 M. Wegen Postbezugs näheres bei jedem Postamt.

Anzeigenpreis: Die einseitige Kleinzeile 500 M. Reklamezeile 1300 M. Sämtliche Preise sind stets freibleibend.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Bleich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Bleich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Samstag, den 14. Juli 1923.

Postfachkonto  
Frankfurt (Main) 10114

17. Jahrgang,

## Ämtlicher Teil.

### Abkürzung

aus dem Amtsblatt der preussischen Regierung zu Wiesbaden Nr. 23 1923.

Verfügung des Sozialministeriums vom 26. Mai 1923 über die Gebühren für Aufnahme von Tagen durch die Ortsgerichte und Schlichtungsämter in den Kreisbezirken der Kreisgerichte Frankfurt a. M. und Kassel.

Unter Aufhebung der Verfügung vom 20. Oktober 1922 — 1 814 — wird folgendes bestimmt:

Der § 11 der Vorschriften vom 4. Mai 1903 über die Aufnahme von Tagen durch die Ortsgerichte wird dahin geändert:

1. Der Absatz 1 erhält folgende Fassung: Die Ortsgerichte erhalten an Gebühren für die Aufnahme eines Tages nach dem Gesamtwert der Gegenstände:

1. bis zu 20 000 M. einschließlich 500 M.
2. von mehr als 20 000 M. bis 40 000 M. 700 M.
3. von mehr als 40 000 M. bis 60 000 M. 1000 M.
4. von mehr als 60 000 M. bis 80 000 M. 1300 M.
5. von mehr als 80 000 M. bis 100 000 M. 1600 M.
6. von mehr als 100 000 M. bis 130 000 M. 2000 M.
7. von mehr als 130 000 M. bis 160 000 M. 2300 M.
8. von mehr als 160 000 M. bis 200 000 M. 2600 M.
9. von mehr als 200 000 M. bis 250 000 M. 3000 M.
10. von mehr als 250 000 M. bis 300 000 M. 3300 M.
11. von mehr als 300 000 M. bis 400 000 M. 4000 M.
12. von mehr als 400 000 M. bis 500 000 M. 5000 M.
13. von mehr als 500 000 M. bis 600 000 M. 6000 M.
14. von mehr als 600 000 M. bis 700 000 M. 7000 M.
15. von mehr als 700 000 M. bis 800 000 M. 8000 M.
16. von mehr als 800 000 M. bis 900 000 M. 9000 M.
17. von mehr als 900 000 M. bis 1 000 000 M. 10 000 M.

Die ferner Wertigkeiten steigen um je 200 000 M. und die Gebühren bei Werten bis zu 10 000 000 M. um je 1000 M., darüber hinaus um je 500 M.

Der Absatz 4. werden hinter 28. Dezember 1923 die Worte: „In der Fassung der Wegweisung vom 18. Mai 1923 (S. 383)“ eingefügt.

Die Vorschriften vom 12. Juli 1907/10. Dezember 1912 über die Aufnahme von Tagen durch die Schlichtungsämter in den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt a. M. und Kassel werden dahin geändert:

1. Der § 13, Abs. 1 erhält folgende Fassung: Die Schlichtungsämter erhalten an Gebühren für die Aufnahme eines Tages nach dem Gesamtwert der Gegenstände:

1. bis zu 20 000 M. einschließlich 500 M.
2. von mehr als 20 000 M. bis 40 000 M. 700 M.
3. von mehr als 40 000 M. bis 60 000 M. 1000 M.
4. von mehr als 60 000 M. bis 80 000 M. 1300 M.
5. von mehr als 80 000 M. bis 100 000 M. 1600 M.
6. von mehr als 100 000 M. bis 130 000 M. 2000 M.
7. von mehr als 130 000 M. bis 160 000 M. 2300 M.
8. von mehr als 160 000 M. bis 200 000 M. 2600 M.
9. von mehr als 200 000 M. bis 250 000 M. 3000 M.
10. von mehr als 250 000 M. bis 300 000 M. 3300 M.
11. von mehr als 300 000 M. bis 400 000 M. 4000 M.
12. von mehr als 400 000 M. bis 500 000 M. 5000 M.
13. von mehr als 500 000 M. bis 600 000 M. 6000 M.
14. von mehr als 600 000 M. bis 700 000 M. 7000 M.
15. von mehr als 700 000 M. bis 800 000 M. 8000 M.
16. von mehr als 800 000 M. bis 900 000 M. 9000 M.
17. von mehr als 900 000 M. bis 1 000 000 M. 10 000 M.

Die ferner Wertigkeiten steigen um je 200 000 M. und die Gebühren bei Werten bis zu 10 000 000 M. um je 1000 M., darüber hinaus um je 500 M.

Die Gebühren für die Aufnahme von Tagen durch die Schlichtungsämter in den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt a. M. und Kassel werden dahin geändert:

1. Der § 13, Abs. 1 erhält folgende Fassung: Die Schlichtungsämter erhalten an Gebühren für die Aufnahme eines Tages nach dem Gesamtwert der Gegenstände:

1. bis zu 20 000 M. einschließlich 500 M.
2. von mehr als 20 000 M. bis 40 000 M. 700 M.
3. von mehr als 40 000 M. bis 60 000 M. 1000 M.
4. von mehr als 60 000 M. bis 80 000 M. 1300 M.
5. von mehr als 80 000 M. bis 100 000 M. 1600 M.
6. von mehr als 100 000 M. bis 130 000 M. 2000 M.
7. von mehr als 130 000 M. bis 160 000 M. 2300 M.
8. von mehr als 160 000 M. bis 200 000 M. 2600 M.
9. von mehr als 200 000 M. bis 250 000 M. 3000 M.
10. von mehr als 250 000 M. bis 300 000 M. 3300 M.
11. von mehr als 300 000 M. bis 400 000 M. 4000 M.
12. von mehr als 400 000 M. bis 500 000 M. 5000 M.
13. von mehr als 500 000 M. bis 600 000 M. 6000 M.
14. von mehr als 600 000 M. bis 700 000 M. 7000 M.
15. von mehr als 700 000 M. bis 800 000 M. 8000 M.
16. von mehr als 800 000 M. bis 900 000 M. 9000 M.
17. von mehr als 900 000 M. bis 1 000 000 M. 10 000 M.

Die ferner Wertigkeiten steigen um je 200 000 M. und die Gebühren bei Werten bis zu 10 000 000 M. um je 1000 M., darüber hinaus um je 500 M.

Nr. 306.

### Erinnerung

Am 10. Juli d. J. war seitens der Herren Bürgermeister eine regelmäßige Prüfung der Gemeindefälle vorzunehmen. Die Herren Bürgermeister haben, wo diese noch nicht stattgefunden hat, die Prüfung sofort vorzunehmen. Die Protokolle sind mir bestimmt bis zum 3. August 1923 einzureichen.

Wiesbaden, den 11. Juli 1923.  
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.  
J. R. 11. 1046. J. B. Scheffler.

Nr. 307.

Anstelle des verstorbenen P. J. Leinberger in Ebersheim ist von der Gemeindevorstellung der Schlichtungsämter Franz Josef Seebach vorbesetzt zum Sozialrat gewählt und von mir am 3. Juli d. J. durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet worden.

Wiesbaden, den 6. Juli 1923.  
Der Landrat.  
J. R. 11. 657/4. J. B. Scheffler.

## Nichtfamiliärer Teil.

### Tages-Rundschau.

Berlin. Der Reichstag, der jetzt in die großen Ferien gegangen ist, hat in seiner letzten Sitzung noch eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Das Haus beriet zum Schluss die Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums über die Verbeständigung der Löhne. Abg. Wüst begründete die sozialdemokratischen Anträge und bezeichnete die Sicherung der Verbeständigung der Löhne als eine unabweisbare Forderung. Auch Reichsarbeitsminister Dr. Brüning begrüßte das Ziel dieser Anträge, hatte aber schwerwiegende Bedenken gegen einzelne Forderungen des sozialdemokratischen Antrags. Dem Zentrumsantrag stimmte er zu. Für den besten Weg hielt der Minister die tarifvertragliche Vereinbarung. Es kam nur darauf an, eine druckbare und zuverlässige Bemessungsgrundlage zu liefern. Der Antrag des Zentrums über die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung fand die einstimmige Annahme des Hauses. Dem Präsidenten wurde die Ermächtigung gegeben, die einzuweisen für unbestimmte Zeit angesetzten Ferien zu unterbrechen, wenn die Lage es erfordert. Präsident Ebert schloß darauf die Tagung.

### Zur Lage.

London, 11. Juli. Reuter teilt mit: Wenn es auch möglich ist, daß die gestern abend zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter stattgehabte Unterredung einiges Licht auf die französische Auffassung warf, so kann doch zuverlässig angenommen werden, daß die Pläne der britischen Regierung unverändert bleiben. Es ist jetzt sicher, daß diese morgen im Parlament ausführlich zur Debatte gelangen werden. Mit Bestimmtheit wird festgestellt, daß die französische Presse eine freundschaftliche Tendenz zeigt und daß das Verlangen nach einem raschen und ehrlichen Zusammenarbeiten vorhanden ist. Ein Gefühl, das in London vorherrscht.

### Zur Regelung der Frage des Ruhrgebietes.

London, 11. Juli. Der Kölner Berichterstatter der „Times“ übermittelt in einem Telegramm das Ergebnis von Besprechungen, die er mit britischen hervorragenden politischen und industriellen Persönlichkeiten aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk hatte. Es ist betont worden, keine Regierung könne den passiven Widerstand bedingungslos aufgeben, da sie sowohl von der Rechte wie von den Gewerkschaften des Verrates bezichtigt werden würde. Hierdurch könne auch leicht der Bürgerkrieg zum Ausdruck kommen. Die Regelung der Frage des Ruhrgebietes könne nach Ansicht des Berichterstatters in drei Stadien vollzogen werden:

Erstes Stadium: Die deutsche Regierung nimmt alle Maßnahmen betreffend den passiven Widerstand zurück. Gleichzeitig lassen die Franzosen die politischen Gefangenen frei, gestatten die Rückkehr der Ausgewiesenen, geben die Eisenbahnen frei und heben die Verkehrsbeschränkungen auf.

Zweites Stadium: Deutschland muß sich verpflichten, binnen 3 bis 4 Wochen die nötigen Änderungen der Gesetzgebung zustande zu bringen, um den in keiner Weise angebotenen Garantien Gesetzeskraft zu verleihen, und gleichzeitig Vorbedingungen zur vollen Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen treffen. Frankreich nimmt gleichzeitig die militärischen Streitkräfte aus dem Ruhrgebiet zurück unter Zurücklassung einer unbedingten Besetzung an wichtigen Punkten.

Drittes Stadium: Deutschland nimmt die Kohlen- und Kokslieferungen wieder auf. Gleichzeitig werden die letzten französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen. Im Rheingebiet wird der Status quo ante wieder hergestellt.

Der Berichterstatter schließt, überall sei betont worden, es sei unmöglich, die Bevölkerung durch bedingungslose Kapitulation in einen Zustand der Verzweiflung zu stürzen.

### Der Kampf um die Mark.

Abg. Dr. Stresemann gewährte dem Berliner Vertreter der Londoner Zeitung „Daily News“ eine Unterredung, in der er u. a. sagte: Es war sicherlich ein großer politischer Fehler,

## Die englische Regierungs-Erklärung.

### Vormeldung.

London, 12. Juli. (Unterhaus.) In Erwartung der Erklärung der Regierung ist das Haus und der Zuschauerraum dicht besetzt. In der Diplomatenloge sitzen zahlreiche Botschafter und Gesandte, darunter der deutsche Botschafter Dr. Schöner und der französische Botschafter Graf St. Aulaire. Der Premierminister verlas eine Erklärung in Erwiderung einer Anfrage des Führers der Arbeiterpartei, Ramsay MacDonald. Seine Ausführungen wurden häufig durch lebhafteste Beifallbrüche der Zustimmung und Hört-Hört-Rufe besonders von Seiten der Oppositionspartei unterbrochen. Seine Schlussworte, daß die britischen Vorschläge kein anderes Ziel verfolgten als die Befriedigung der Welt und die Wiederherstellung Europas, erzielten stürmischen Beifall.

### Ausführlicher Bericht.

Minister Baldwin schloß seinen Bericht mit dem Hinweis auf die deutsche Note eine Erklärung voraus, in der er die Tatsache hervorhob, daß der einzige Gegenstand einer möglichen Meinungsverschiedenheit zwischen den Alliierten die wirksame Methode zur Erreichung der Endziele der Forderungen sei. Diese Endziele seien für alle von vitaler Bedeutung, worin alle wohl übereinstimmen. Diese Endziele: Reparationen und Wiederherstellung der Sicherheit in Europa. Nachdem Baldwin auf die Gemeinsamkeit im Denken und Handeln, die die Alliierten in der gegenwärtigen Not verbinde, hingewiesen hatte, erklärte er, die Alliierten könnten frei miteinander sprechen, mit dem vollen Verständnis von Teilhabern, die durch das gleiche Gefühl an die gleiche Aufgabe gebunden sind. Das Gefühl, in einem Teil Europas kann nicht gesteuert, und von dieser Pflicht können uns keine irgend welche Vorbehalte oder sorgfältig gehütete Rücksicht ablenken. In allem, was wir zu sagen und zu tun bereit sind, wird die britische Regierung mit dem Herz Frankreichs von dem einzigen Wunsch befeuert, daß der gute Wille der Nationen, die zusammen gelitten haben, anrecht erhalten werden soll, und daß jeder erhält, was ihm gebührt. Wir sind entschlossen, ebenso wie irgend einer unserer Verbündeten, das Deutschland bis zum vollen Umfang seiner Zahlungsfähigkeit Reparationen leisten soll. Wir sind bereit, jede Maßnahme zu ergreifen, um Deutschland zu zwingen, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu bezahlen. Wir sind aber als eine Nation von Geschäftsmännern bemüht, wenn wir von Deutschland eine übermäßige Leistung fordern, das seinen Erfolg haben wird, daß wir uns unsere Verbündeten. Die Hauptbeitragenden sein werden. Viele von den Folgen, die wir als Ergebnis der Ruhrbesetzung vorausgesehen haben, begreifen sich jetzt zu verwirklichen. Wir sind überzeugt davon, daß eine unbegrenzte Dauer dieses Zustandes von schweren Gefahren bedroht ist.

Deutschland selbst treibt schnell einem wirtschaftlichen Chaos zu, das von einem sozialen und industriellen Ruin gefolgt sein kann. Der Minister betonte, daß diese Lage nicht Deutschland selbst allein angehe, und daß mehr und mehr dadurch die öffentliche Meinung Europas und nicht zuletzt diejenige Großbritanniens über die Fortdauer dieses Verhältnisses beunruhigt werde. Die Notwendigkeit,

daß diese Markfluktuationen gerade einige Tage nach der großen außenpolitischen Aprildebatte des Reichstages eingestellt wurde, weil die nunmehr eintretende Steigerung des Dollarkurses als ein Mißerfolg der deutschen Außenpolitik angesehen wurde, während sie in Wirklichkeit lediglich der Tatsache entsprach, daß Reichsbank und Finanzministerium ihre Stützungsaktion einstellen mußten. Die Verhältnisse, die seitdem eingetreten sind, drängen aber zu einem neuen Einschreiten. Im Augenblick, in dem der Dollarkurs sich über die Kurve von 2100, auf der er seit Monaten gehalten war, erhob, regte sich in den Kreisen der deutschen Wirtschaft die Hoffnung, daß sich aus der Erhöhung des Dollarkurses ein niedriger gehaltenen Dollarkurses eine Belebung der Exportwirtschaft ergeben würde. Dies führte zu der starken Anforderung der Wirtschaft für Einheitswährung. Letzten Endes trat natürlich auch die Spekulation auf, die sich schon in der Zeit ereignet hatte, als Gerüchte davon sprachen, daß die Markfluktuationen aufgegeben werden sollte.

Die Folge war ein Schwanken des Marktkurses, die überhaupt die Mark als Wertmesser ausschaltete, da man sich von Tag zu Tag neu in seinen Berechnungen einstellen mußte. In dieser Tendenz lagen aber für Deutschland die allergrößten innerpolitischen Gefahren. Das Reich hat gegenwärtig die größte

des Eingreifens habe sich deshalb der britischen Regierung in wachsendem Maße aufgedrängt. Es zeigt sich, daß über die Haltung der hauptsächlich beteiligten Parteien mehr Klarheit geschaffen werden muß. Im allgemeinen wird man folgenden Vorschlägen zustimmen:

daß die Periode des Konflikts so bald wie möglich beendet werden soll.

daß die Befreiung eines Landes in Friedenszeit eine für sich etwas ungewöhnliche und eine bedauerliche Erscheinung ist, für die so bald wie möglich ein ehrenhafter Abbruch gefunden werden muß.

daß der Schuldner nicht lediglich aufgefordert werden soll, seine Schulden zu bezahlen, sondern daß er in die Lage versetzt wird, dies tun zu können.

daß die Zahlungsfähigkeit des Schuldners, insoweit Zweifel darüber bestehen, geprüft und festgestellt werden muß, und daß gemeinsame Anstrengungen gemacht werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Friede wird erst dann geliebt sein, wenn die Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden und der Sicherheit des pazifizierten Europas gelöst sind.

Wir hoffen, daß wir für diese Bestrebungen so viele für die allgemeine Beurteilung der Lage die Zustimmung der Alliierten finden. Wir sind nicht der Meinung, daß die in der deutschen Note enthaltenen Vorschläge, seien sie nun angenommen oder nicht, ignoriert werden sollen. Wir können nicht billigen, daß eine schriftliche Auseinandersetzung dieser Art über Angelegenheiten, die im Interesse aller liegen, nur einseitig geführt wird, oder daß Vorschläge, von denen es sich zeigt, daß sie eine mögliche Regelung enthalten, gleichgültig behandelt werden. Wir sind der Meinung, daß solche Vorschläge geprüft und untersucht werden, um ausfindig zu machen, ob sich eine Möglichkeit bietet, einen Fortschritt zu erzielen.

In der Annahme, daß die französische und die belgische Regierung nicht geneigt sind, die Initiative beim Vorschlagen einer Antwort zu ergreifen, haben wir diese Regierungen und die italienische davon benachrichtigt, daß wir gewillt sind, die Verantwortung für die Vorbereitungen des Entwurfes einer Antwort selbst zu übernehmen. Da wir der Auffassung sind, daß ein vereintes Vorgehen besser ist als ein getrenntes, werden wir den Wortlaut so bald wie möglich unseren Alliierten zur Erörterung und Rücküberlegung unterbreiten, und wir hoffen, daß wir inbezug auf die Fassung zu einer Einigung gelangen.

Die Regierung ist nicht ohne Hoffnung, daß sie damit die Gefühle der Alliierten ebenso wie ihre eigenen ausdrückt und wir glauben, daß es grundsätzlich überhaupt nicht viel von einander trennt. Wir werden die Alliierten sowie die interalliierten Staaten vertrauensvoll einladen, die Vorschläge, die keinen anderen Zweck als die Befriedigung Europas und die Erholung der erschöpften Welt haben, in sympathischer Erwägung zu ziehen.

Baldwin schloß: Wir hoffen auf die Mitarbeit Frankreichs und Belgiens nicht weniger als die Italiens. Tatsächlich haben wir allen Grund anzunehmen, daß sich die Ansicht der italienischen Regierung in weitestlicher Übereinstimmung mit der unserer befindet.

Not, seine Autarkie gegen die radikalen Elemente von links und rechts zu wahren. In sich bedeutet weder der Kommunismus, noch die rechtsradikale nationalsozialistische Bewegung eine Gefahr. Der Kommunismus ist eine Importation, die nur mit fremder finanzieller Dämpfung bisher gedieh. Dem deutschen Empfinden ist die Idee des Bolschewismus fremd. Ebenso wenig sind die deutschpolitisch rechtsradikalen Gedanken an sich geeignet, weite Kreise des Volkes zu befriedigen. Beide radikalen Richtungen nähern sich jedoch sehr aus der Erregung der Masse über die Lebensmittelerhöhung. Die Lebensmittel folgen, da man sich daran gewöhnt hat, den Dollar als Wertmesser anzusehen, dem Dollarkurs. Einkommen und Gehälter folgen viel später nach. Kommunisten und Rechtsradikale bemühen sich, die Situation auszunutzen. Die einen kämpfen gegen den Kapitalismus als solchen, die anderen sprechen das Kapital und die Folgen. Erfüllungspolitik der Regierung als Ursachen des Übels an. Mit seiner Berechnung bemüht sich Herr Rabel, von der äußersten Linken zur äußersten Rechten die Hand zu reichen, indem er sich selbst in nationalsozialistischen Redensarten bewegt, und die „Rote Fahne“ verhöhnt die Regierung Cuno, weil diese sich angeblich auf dem Wege der Konstitution befinde. Da in Deutschland eine starke Erregung besteht, so verbindet sich







100

ich  
 arten!  
 den  
 ruffte  
 n Au-  
 gen an  
 dem  
 Aber  
 stischen  
 en, als  
 ne Ar-  
 um sich  
 e der  
 Tod-  
 u Elsa  
 aut, ihr  
 sinnen  
 Hutes  
 kulein  
 nfridi-  
 was ihr  
 i wach-  
 eine  
 ebenest  
 ach die  
 r Ber-  
 Betrieb  
 rfohrer,  
 lethurst  
 yt über  
 hieden,  
 sögerie  
 äddiges  
 Valers  
 Beetre-  
 zu be-  
 alle das  
 zu han-  
 Stunde,  
 gheit,  
 Schritt  
 inkom-  
 dagnols  
 ehe und  
 ungem-  
 inner  
 les an-  
 erbeude  
 ief nur  
 t durch  
 ter dem  
 glicher  
 rr brach  
 ich: Die  
 ist das  
 das  
 henzeit  
 n auf-  
 tüchtig  
 u forsch  
 Freunde  
 ompa-  
 zu Ent-  
 i Dritt-  
 ihr will-  
 kurzer  
 or. Ach  
 gleuollen  
 r, wenn  
 nst als  
 6.  
 iter Dred-  
 ch viele  
 seit ein  
 Gezell-  
 grohen  
 rn, und  
 da, sein  
 ein hartes  
 atagen,  
 zu sein.  
 mit, dem  
 nmer von  
 rufst nach-  
 ihre Tob-  
 sprechen  
 rger Zeit  
 , beihen  
 angefallene  
 hrungen,  
 ne Föb-  
 rdanke ich  
 es nicht  
 auch drei  
 sen, son-  
 hiden in  
 is letzten  
 iche Güte,  
 wunder-  
 und lang-  
 haltver-  
 hardegger,  
 als die  
 aber, die  
 versteht  
 nd es war  
 Disfelhorst  
 na, Wee-  
 erscheing-  
 mit? Don



